

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Stadtentwicklung, Bauen, Verkehr, Umwelt
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 104 - Straßen und Verkehr
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Doris Gutendorf 563 6400 563 8036 doris.gutendorf@stadt.wuppertal.de
	Datum:	13.11.2015
	Drucks.-Nr.:	VO/1942/15/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
26.11.2015	Ausschuss für Verkehr	Entgegennahme o. B.
Große Anfrage - Effiziente und stadtverträgliche Lkw-Navigation		

Grund der Vorlage

Große Anfrage – Effiziente und stadtverträgliche Lkw-Navigation

Beschlussvorschlag

Entgegennahme o. B.

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Meyer

Begründung

1. In welcher Form hat sich Stadt Wuppertal mit dem Projekt „**Effiziente und stadtverträgliche Lkw-Navigation Region Rheinland**“ befasst und zu welchem Beratungsergebnis ist sie gekommen?

Antwort der Verwaltung:

Herr Beig. Meyer als zuständiger Dezernent hat sich bereits am 25. März 2015 im Rahmen einer Auftaktveranstaltung bei der IHK Düsseldorf über das Projekt informiert und sich im Nachgang mit den Inhalten und Zielen befasst. Nach Auswertung der Aufgabenstellung und

Ziele des Projektes „effiziente und stadtverträgliche LKW-Navigation im Rheinland“ hält die Verwaltung eine Teilnahme derzeit nicht für zwingend erforderlich.

Im Rahmen der Luftreinhalteplanung wurde bereits im Jahr 2010 die Notwendigkeit zur Erarbeitung eines Lkw-Routenkonzeptes untersucht und zusammen mit der Bezirksregierung Düsseldorf als Maßnahme verworfen. Dies wurde wie folgt begründet:

Die Situation im innerstädtischen Wuppertaler Straßennetz ist durch einen geringen LKW-Anteil gekennzeichnet, wobei der regionale Durchgangsverkehr nahezu keine Rolle spielt. Dies ist primär durch das Stadtgebiet umschließendes Fernstraßennetz begründet, bestehend aus der Autobahn A 1 im Osten, der Autobahn A46 im Norden, der Autobahn A535/Landstraße L 74 im Westen und den Landstraßen L 418/L 419 als Verbindung zwischen den Autobahnen A 1/A46 im Süden. Für eine Ost-West/West-Ost Durchfahrt des regionalen Schwerverkehres im innerstädtischen Straßennetz ist nur die Bundesstraße B7 als Alternative zur A46 vorhanden, die jedoch durch die topographisch enge Tallage der Stadt Wuppertal auch einen Großteil des innerstädtischen Verkehrs aufnehmen muss. Dies zeigt sich in den hohen Verkehrsbelastungszahlen von bis zu 40.000 Kfz am Tag, die zu den Höchsten in der Stadt Wuppertal gehören. Durch die hohe Auslastung dieser innerstädtischen Hauptverbindungsstraße ist ein Ausweichen des Durchgangsverkehres von der Autobahn A46 auf die B7 – selbst bei Stau auf der A46 – hochgradig unattraktiv und beinhaltet keinen Zeitgewinn.

Das untergeordnete Straßennetz weist hingegen kaum nennenswerte Verkehrsanteile auf. Dies ist wiederum in der topographisch engen Straßensituation begründet, die im Innenstadtbereich zusätzlich durch viele Einbahnstraßen und Tempo 30 Zonen gekennzeichnet ist. Demnach ist auch ein Ausweichen des potentiellen Lkw-Durchgangsverkehres - jenseits der stark belasteten Hauptverkehrsstraßen - auf Nebenrouten höchst unattraktiv.

Diese Situation spiegeln auch die manuell gezählten Lkw-Anteile der letzten Jahre wieder. Hierbei bewegen sich die Lkw-Anteile im Durchschnitt zwischen 2% und 3%, was für eine innerstädtischen Bereich im Vergleich zu anderen Kommunen sehr niedrig ist.

Für Gefahrguttransporte ist in Wuppertal seit langem ein Routennetz definiert, auf denen Lkws mit gefährlichen Gütern fahren dürfen, ein so genanntes Positivnetz. Alle anderen Straßen sind für die Gefahrguttransporte verboten, bzw. nur mit Ausnahmegenehmigung zu befahren.

2. Plant die Stadt Wuppertal die Unterzeichnung einer entsprechenden Kooperationsvereinbarung und in welchem zeitlichen Rahmen soll diese erfolgen?

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung verfügt derzeit nicht über die nötigen Finanz- und Personalressourcen, um dieser Kooperationsvereinbarung beizutreten.

Hier wird nach ersten Schätzungen von Kosten in Höhe von einmalig ca. 60.000 – 70.000 Euro für eine notwendige Ersterfassung (Schilderkataster) ausgegangen, um die gewünschten Daten bereitstellen zu können. Hinzu kämen laufende Kosten für die Fortführung des Katasters. Sofern diese Aufwendungen durch Dritte bereit gestellt werden würden, könnte sich die Stadt grundsätzlich vorstellen, sich an diesem Projekt zu beteiligen.

3. Aufgrund der zeitlichen Vorgaben die Restriktionen bis Juni 2016 zu erfassen, ist es von Interesse zu erfahren, ob und in welcher konkreten Form bereits mit der Erfassung der Restriktionen begonnen wurde.

Antwort der Verwaltung:

Es wurde nicht mit der Erfassung von Restriktionen begonnen.

4. In welcher Form besteht in diesem Zusammenhang Kontakt mit den Fachressorts der Nachbarstädte und zu welchen Positionen wurde sich mit welchem Ergebnis ausgetauscht?

Antwort der Verwaltung:

Mit der Stadt Solingen bestand Kontakt im Hinblick auf die Aufwendungen für eine Ersterfassung.

Demografie-Check

entfällt

Kosten und Finanzierung

entfällt

Zeitplan

entfällt